



**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates**

**am 24.01.2019
im Sitzungssaal des Rathauses**

I. Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 13.12.2018
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 13.12.2018
3. Vorstellung von Maßnahmen des Staatlichen Bauamtes im Stadtbereich Greding
4. 19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Österberg III" in Österberg - Feststellungsbeschluss
5. Bebauungsplanes Nr. 42 der Stadt Greding für das Sondergebiet Photovoltaikanlage "Österberg III" in Österberg - Satzungsbeschluss
6. 1. Änderung der Förder- und Gestaltungsrichtlinien im Rahmen der Altstadtsanierung
7. Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Jahr 2019
8. Mittelfristige Finanzplanung für 2018 bis 2022 und Stellenplan
9. Mitteilungen und Anfragen

II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 21 Mitglieder des Stadtrates wurden ordnungsgemäß geladen.

Mitglieder des Stadtrates	Anwe- send	Abwe- send	Bemerkung zur Anwesenheit
Erster Bürgermeister Manfred Preischl	X		
Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl	X		
Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer	X		
Michael Beringer	X		
Maria Deinhard	X		
Josef Dintner	X		
Max Dorner	X		
Harald Gerngroß	X		
Stefan Greiner		X	Entschuldigt
Mathias Herrler	X		
Theodor Hiemer	X		
Elisabeth Holzmann	X		
Franz Miehling	X		
Günther Netter	X		
Roland Pohl	X		
Thomas Schmidt	X		
Markus Schneider	X		
Michael Schneider	X		
Susanne Schneider	X		
Gert Sorgatz	X		
Barbara Thäder	X		

Erster Bürgermeister Preischl als Vorsitzender stellt fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 20 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Verwaltung	Funktion
Michael Pfeiffer	Schriftführer
Franz Hiebinger	
Katrin Hubmer	

Sonstige Sachverständige bzw. sachkundige Personen, Presse
Herr Christoph Eichler vom Staatlichen Bauamt zu TOP 3
Herr Luff vom Hilpoltsteiner Kurier
Herr Leykamm von der Hilpoltsteiner Zeitung

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger: 4

III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

Eröffnung der Sitzung	Beendigung der Sitzung
19:30 Uhr	22:19 Uhr

V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

TOP 1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 13.12.2018

Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 20:0

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 13.12.2018.

TOP 2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 13.12.2018

Sachverhalt:

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Sitzung vom 13.12.2018 gefassten Beschlüsse, bei denen die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind, der Öffentlichkeit bekannt:

TOP 1: Neubau Feuerwehrhaus Obermässing - Vergabe von Abgas-, Lüftungs- und Sanitärinstallation

Der Stadtrat beauftragt die Firma Heiß GmbH, Röckenhofen, mit den Heizungsbauarbeiten für den Neubau des Feuerwehrhauses in Obermässing in Höhe von 84.412,89 Euro brutto.

TOP 2: Neubau Feuerwehrhaus Obermässing - Vergabe von Trockenbauarbeiten

Der Stadtrat beauftragt die Firma Staudigl, Dietfurt, mit den Trockenbauarbeiten für den Neubau des Feuerwehrhauses in Obermässing in Höhe von 32.685,14 Euro brutto.

TOP 3: Umbau Jugendheim Röckenhofen - Vergabe der Zimmerei- und Dachdeckerarbeiten

Der Stadtrat beschließt die Zimmerer- und Dacharbeiten an die Firma Holzbau Hausler aus Kinding zum Preis von voraussichtlich 26.859,00 Euro zu vergeben.

TOP 4: Umbau Jugendheim Röckenhofen - Vergabe der Fenster- und Sonnenschutzarbeiten

Der Stadtrat beschließt die Fenster- und Sonnenschutzarbeiten an die Firma Albrecht GmbH aus Heideck zum Preis von voraussichtlich 5.102,72 Euro zu vergeben.

TOP 5: Umbau Jugendheim Röckenhofen - Vergabe der Fliesenarbeiten

Der Stadtrat beschließt die Fliesenarbeiten an die Firma Fliesen Seemeier aus Berching zum Preis von voraussichtlich 2.914,68 Euro zu vergeben.

TOP 6: Umbau Jugendheim Röckenhofen - Vergabe der Malerarbeiten

Der Stadtrat beschließt die Malerarbeiten an die Firma Pfaller GmbH aus Hilpoltstein zum Preis von voraussichtlich 8.912,16 Euro zu vergeben.

TOP 7: Vergabe für die Regenerierung der Wasserversorgung - Brunnen II

Der Stadtrat beschließt den Brunnen II hydromechanisch für eine voraussichtliche Auftragssumme von 30.000,00 Euro, durch die Fa. Ochs aus Nürnberg reinigen zu lassen.

TOP 8: Erneuerung der öffentlichen WC-Anlage am Rathaus Greding - Vergabe der Objektplanung

Der Stadtrat beauftragt das Ingenieurbüro Markus Koller, Parsberg, auf Grundlage des vorliegenden Angebotes mit den Architektenleistungen für den Umbau der öffentlichen WC Anlage zu einem barrierefreien WC am Rathaus in Greding. Die Kosten für die Architektenleistungen betragen insgesamt 18.229,85 Euro brutto.

TOP 9: Umgestaltung der Altstadt in Greding - Vergabe von Ingenieurleistungen für die bauliche Umsetzung eines Teilbereiches im 3. Bauabschnitt

Der Stadtrat beauftragt das Büro Lippert Ingenieure, Rednitzhembach, auf Grundlage des vorliegenden Angebotes mit der Objektplanung für die Umgestaltung der Altstadt in Greding auf Grundlage des vom Stadtrat gebilligten Konzeptes. Die Kosten für die Erstellung der Planung betragen rund 15.084,16 Euro.

TOP 10: Verkehrserschließung und Wirtschaftsumfahrung der Wohnanlage "Lanzmühle" - Vergabe der Ingenieurleistungen

Der Stadtrat beauftragt das Ingenieurbüro Klos GmbH & Co. KG, Spalt, auf Grundlage des vorliegenden Angebotes mit den Ingenieurleistungen für die Verkehrserschließung und Wirtschaftsumfahrung der Wohnanlage "Lanzmühle" in Greding. Die Kosten hierfür betragen brutto 16.952,42 Euro.

TOP 3.	Vorstellung von Maßnahmen des Staatlichen Bauamtes im Stadtbereich Greding
---------------	-----------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Herr Eichler vom Staatlichen Bauamt Nürnberg stellt die aktuellen und anstehenden Maßnahmen des Staatlichen Bauamtes Nürnberg anhand der beigefügten Präsentation vor.

Im Einzelnen sind das:

- Vollbeampelung der Kreuzung Kindinger Straße / Berchinger Straße
- Ausbau der Berchinger Straße
- Neubau der Schwarzachbrücke mit Ersatzumfahrung
- Tempo 80 am Ortseingang

- Versetzung der Ortstafeln
- Antrag zum Bau einer Umgehungsstraße in Landerzhofen

Diskussionsverlauf:

Kreuzung Kindinger Straße / Berchinger Straße

Dritter Bürgermeister Kratzer bezweifelte die von Herrn Eichler zugrunde gelegte Unfallhäufigkeit und wollte wissen, ob dort nicht ein Kreisverkehr errichtet werden könnte oder eine umknickende Vorfahrt von der Kindinger Straße in die Umgehungsstraße.

Herr Eichler erwiderte, dass ein Kreisverkehr mit einer erforderlichen Größe von 32 bis 33 m dort nicht möglich sei. Die Unfälle sind von der Polizei dokumentiert.

Stadtrat Dintner ging auf die Situation der Anwohner der Berchinger Straße ein. Durch die Ampel würde ein Rückstau entstehen und die vorhandenen Parkplätze wegfallen.

Herr Eichler entgegnete, dass der Rückstau noch nicht berechnet sei. Wahrscheinlich könnten aufgrund der Straßenbreite die Parkplätze erhalten bleiben.

Bürgermeister Preischl hielt es für erforderlich, dass an der Umgehungsstraße die Straßenquerung für die Fußgänger erhalten bleibe.

Stadtrat Miehling bat um Prüfung, ob dort nicht doch eine Linksabbiegespur von der Kindinger Straße kommend errichtet werden könne. Außerdem könnte die Berchinger Straße Richtung Stadtmauer verbreitert werden.

Herr Eichler vertrat die Auffassung, dass die Linksabbiegespur hohe Kosten verursache und wenig Nutzen bringe.

Bürgermeister Preischl fasste zusammen, dass in jedem Fall der Fußgängerüberweg an der Umgehungsstraße und die vorhandenen Parkplätze in der Berchinger Straße erhalten bleiben müssten.

Neue Schwarzachbrücke

Zweiter Bürgermeister Brigl und Stadtrat Dintner waren der Meinung, dass die neue Brücke sehr wuchtig wirke und optisch nicht ansprechend sei. Herr Dintner bemerkte dazu, dass damit das denkmalgeschützte Altstadtensemble und die Baudenkmäler in der unmittelbaren Umgebung beeinträchtigt werden.

Herr Eichler erläuterte, dass das Wasserwirtschaftsamt keine Pfeiler mehr in der Schwarzach zulasse und deshalb die statische Konstruktion nach oben gehe. Deshalb sehe er in der Konstruktion keine Alternative.

Stadtrat Beringer berichtete von großen Rückstauphasen in den Abendstunden bis zur Autobahn. Deshalb verstehe er nicht, dass an der Brücke nicht eine Rechtsabbiegespur geschaffen werde.

Herr Eichler sicherte eine Rücksprache mit dem Brückenplaner zu.

Ausbau Berchinger Straße

Bürgermeister Preischl stellte fest, dass in den Planungen ein Oberflächenkanal aus der Attenhofener Straße und verschiedene Anliegen der Anwohner berücksichtigt werden sollten.

Umgehung Landerzhofen

Herr Eichler ergänzte auf Nachfrage von Stadtrat Dintner, dass aktuell mit Kosten von rund 2 Mio. Euro je km gerechnet werden müsse. Aufgrund der Verkehrsbelastung werde der Freistaat dort sicher nicht aktiv. Alternativ bleibe die Sonderbaulast. Allerdings bezweifle er auch, dass die vorhandene Trasse noch umsetzbar sei.

Tempo 80 vor dem Ortseingang und Versetzen des Ortsschildes

Herr Eichler betonte, dass dies in der alleinigen Zuständigkeit der Verkehrsbehörde und nicht in der Entscheidungskompetenz des staatlichen Bauamtes liege.

Stadtrat Miehlung bat um Prüfung einer Linksabbiegespur von Hausen kommend Richtung Nürnberger Straße.

TOP 4.	19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage "Österberg III" in Österberg - Feststellungsbeschluss
---------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Zur Planung und Projektierung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Österberg hat der Stadtrat am 19. April 2018 beschlossen, dass der Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding geändert wird.

Im Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 11.10.2018 wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. In der Zeit vom 16.10.2018 bis 30.11.2018 und vom 17.12.2018 bis 23.01.2019 wurde die Bürgerbeteiligung, mit Schreiben vom 15. Oktober 2018 und Fristsetzung zum 30. November 2018 wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der benachbarten Gemeinden durchgeführt.

Die Stellungnahmen aus der Beteiligung können der Tabelle entnommen werden. Ferner sind in der Tabelle die Beschlussvorschläge hierzu aufgeführt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 20:0

Über jede Stellungnahme wurde ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Der Stadtrat billigt die vorgetragene Abwägung gemäß der Tabelle und beschließt die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan für ein „Sondergebiet Photovoltaikanlage Österberg III“ in der Gemarkung Österberg in der Fassung vom 11.10.2018.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Feststellungsbeschluss nach Genehmigung durch das Landratsamt Roth ortsüblich bekannt zu machen.

Die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greding wird mit der ortsüblichen Bekanntmachung wirksam.

TOP 5.	Bebauungsplanes Nr. 42 der Stadt Greding für das Sondergebiet Photovoltaikanlage "Österberg III" in Österberg - Satzungsbeschluss
---------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Zur Planung und Projektierung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Österberg hat der Stadtrat am 19. April 2018 beschlossen, dass ein qualifizierter Bebauungsplan hierzu aufgestellt wird.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 11.10.2018 den Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 42 gefasst.

Da durch die vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen die Grundzüge der Planung nicht berührt wurden, wurde die erneute Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vom 15.10.2018 bis 30.11.2018 auf die von den Änderungen betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange beschränkt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB wurde vom 16.10.2018 bis 30.11.2018 und vom 17.12.2018 bis 23.01.2019 durchgeführt.

Der Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger wurde am 25.10.2018 abgeschlossen.

Im Parallelverfahren wird die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage Österberg III durchgeführt.

Die Stellungnahmen aus der o.g. Beteiligung können der Tabelle entnommen werden. Ferner sind in der Tabelle die Beschlussvorschläge hierzu aufgeführt.

Nach § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) ist ein formeller Satzungsbeschluss erforderlich.

Nach der Genehmigung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Landratsamt Roth kann der Bebauungsplan durch ortsübliche Bekanntmachung in Kraft gesetzt werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 20:0

Über jede Stellungnahme wurde ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Der Stadtrat billigt die vorgetragene Abwägung gemäß der Tabelle. Änderungen, die eine nochmalige Auslegung erforderlich machen, haben sich aus der erneuten Auslegung bzw. der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nicht ergeben.

Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 42 „Sondergebiet Photovoltaikanlage Österberg III“, bestehend aus den Unterlagen Planbeilage mit Begründung jeweils in der Fassung vom 11.10.2018, unter Einbeziehung und Berücksichtigung der zuvor gefassten Beschlüsse gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss nach Genehmigung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greding durch das Landratsamt Roth ortsüblich bekannt zu machen.

Mit der Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan in Kraft.

TOP 6.	1. Änderung der Förder- und Gestaltungsrichtlinien im Rahmen der Altstadtanierung
---------------	------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Am 15.10.2015 hat der Stadtrat die Förder- und Gestaltungsrichtlinien für ein Kommunales Förderprogramm zur Durchführung privater Fördermaßnahmen im Rahmen der Altstadtanierung beschlossen.

Folgende Änderung wäre notwendig, damit sich die Festsetzungen der Gestaltungsrichtlinie und den Belangen des Stadtbildes nicht mit dem Denkmalschutz entgegenstehen.

Bei dem Gestaltungspunkt „Gestaltung von Werbeanlagen“ (Punkt 3, Absatz 7, Seite 5) ist der Erste Punkt wie folgt abzuändern:

- Auf die Fassade aufgemalte Schriftzüge mit einer maximalen Höhe von 40 cm.

Die Festsetzung - Schriftzüge und auf die Fassade aufgesetzte Einzelbuchstaben - würde somit wegfallen.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Dintner sah über den Änderungsvorschlag der Verwaltung hinaus Handlungsbedarf bei Werbeschildern und bat um die Vorlage der Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 20:0

Der Stadtrat stimmt der 1. Änderung der Förder- und Gestaltungsrichtlinien für ein kommunales Förderprogramm der Stadt Greding zur Durchführung privater Sanierungsmaßnahmen in Rahmen der Altstadtanierung zu.

TOP 7.	Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Jahr 2019
---------------	-----------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Für das Haushaltsjahr 2019 sind eine Haushaltssatzung und ein Haushaltsplan zu erlassen. Der Haushalt für das Jahr 2019 wurde in den Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses am 18.12.2018 und des Haupt- und Finanzausschusses am 07.01.2019 vorberaten.

Die Entwürfe der Haushaltssatzung, des Haushaltsplans, Finanzplans, Vorberichts, Investitionsprogramms und Stellenplans liegen dem Stadtrat vor.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Preischl:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Entwurf des Haushaltsplanes 2019 liegt Ihnen zusammen mit dem Finanzplan- und Investitionsplan für die Jahre 2020, 2021 und 2022 vor. Gleiches gilt für den aktuellen Stellenplan 2019.

Die Vorarbeiten wurden ab Oktober 2018 durch die Fachbereiche der Verwaltung ausgeführt. Auf Basis dieser Vorarbeiten und Beratungen in den Fachausschüssen wurden am 7. Januar 2019 die Vorschläge dem Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt und zur Diskussion gegeben.

Die Wünsche und Anregungen wurden in das vorliegende Gesamtwerk eingearbeitet und liegen Ihnen nach der neuerlichen Vorstellung im Haupt- und Finanzausschuss vom 21.1.2019 zur abschließenden Erörterung und - auf Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.1.2019 - zur Verabschiedung vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
lassen Sie mich auch für das laufende einen Blick auf das Zahlenwerk werfen.

Der Gesamthaushalt beträgt im Jahre 2019 24.842.226 Euro, und gliedert sich in den Verwaltungshaushalt von 14.968.620 Euro und den Vermögenshaushalt von 9.873.606 Euro.

Eine erneut hohe Gesamtsumme, die auf einer Steigerung der Verwaltungshaushalts um 7,3 % und einer Steigerung des Vermögenshaushalts von 14,36 % beruht.

Bevor ich den Vermögenshaushalt betrachte einen kurzen Blick auf den Verwaltungshaushalt 2019.

Die vier wesentlichen Ausgaben im Verwaltungshaushalt sind die Kreisumlage mit 3,5 Mio. Euro, die Personalausgaben mit 2,8 Mio. Euro, die Umlagen, Zuweisung und Zuschüsse mit 1,63 Mio. Euro und der Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit 1,5 Mio. Euro. Zusammengefasst bilden diese vier Kostenblöcke 9,4 Mio. Euro, somit über 63 % aller Verwaltungsausgaben.

Stellt man den Ausgaben die vier wesentlichen Einnahmen des Verwaltungshaushalts gegenüber, so sind das im Einzelnen, die Einkommenssteuerbeteiligung mit 4,5 Mio. Euro, die Gewerbesteuer mit 3,2 Mio. Euro, die Benutzergebühren mit 1,5 Mio. Euro und die Schlüsselzuweisung mit 1,4 Mio. Euro.

Hier umfassen die vier Einnahmeblöcke insgesamt 10,6 Mio. Euro, somit über 70 % der Verwaltungseinnahmen.

Aus heutiger Sicht eine konstante Entwicklung und Fortführung des Verwaltungshaushalts der letzten Jahre, was man auf den heutigen Blick auch für die nächsten 2-3 Jahre derzeit bestätigen kann.

Doch jetzt zum Vermögenshaushalt für das Jahr 2019. Mit 9,8 Mio. Euro Gesamtvolumen sprechen wir von einem herausfordernden Aufgabenblock für das anstehende Jahr.

Dass dies so ist, hat wie schon im letzten Jahr angedeutet verschiedene Gründe:
Zum einen die wirtschaftliche und finanzpolitische Ausgangslage, zum anderen die aktuellen Fördermöglichkeiten und Fördermaßnahmen und – nach wie vor – die Bereitschaft des Stadtrates in größerem Umfang in die Zukunft von Stadt und Land zu investieren, unseren Lebensraum für uns alle noch schöner, attraktiver und lebenswerter zu gestalten.

Lassen Sie mich auf einige Maßnahmen in der Folge eingehen.

Strukturieren wir den Vermögenshaushalt in vier ausgabewirksame Maßnahmen, als da sind, Hochbaumaßnahmen mit rd. 3,6 Mio. Euro (36 %). An zweiter Stelle der Erwerb von Gewerbe- und Wohnbaugrundstücken mit rd. 2,9 Mio. Euro (30 %) und an dritter Stelle der Tiefbau mit rd. 2,3 Mio. Euro (23 %) gefolgt von der Tilgung von Krediten mit 0,5 Mio. Euro (5 %).

Die vier Maßnahmen zusammen machen insgesamt 9,3 Mio. Euro und somit 95 % der Ausgaben aus.

Nochmals einige finanziell „schwergewichtigen“ Projekte:

Grundstückserwerb für Gewerbe „Kreuzfeld“	2.100.000,00 €
Breitbandausbau	1.066.000,00 €

Neubau FFW Gerätehaus Obermässing	980.000,00 €
Altstadtsanierung	735.000,00 €
Erwerb von Wohngrund	713.000,00 €
Um- und Ausbau KiTa Hl. Familie	535.000,00 €

Betrachtet man nur das Bauvolumen Hoch- und Tiefbau sind wir immer noch bei einer stolzen Ausgabensumme von 5,9 Mio. Euro (60 %).

Natürlich darf in der Betrachtung die Einnahmenseite nicht zu kurz kommen. Hier ein Blick auf die größten Einnahmeblöcke des Vermögenshaushaltes 2019. Den größten Anteil bilden die Zuweisungen und Zuschüsse mit 3,8 Mio. Euro, gefolgt von der Zuführung zum Verwaltungshaushalt mit 2,5 Mio. Euro.

Noch einige Anmerkungen zur Finanzierbarkeit der Maßnahmen.

Auch im Jahr 2019 können wir (ebenso wie in den Vorjahren), mit einer Zuführung von 2,5 Mio. Euro vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt die geforderte Mindestzuführung von 481.000 Euro (zugleich ordentliche Tilgung) einhalten, ja übertreffen.

Die in 2018 erwirtschaftete Rücklage von 2,5 Mio. Euro kann zur Finanzierung für die Folgejahre zur Verfügung gestellt werden. Die Folge daraus ist das in 2019, wie bereits in den Jahren 2016, 2017 und 2018 KEINE Kreditaufnahme erforderlich ist.

So ist es uns auch 2019 wieder möglich die ordentliche Tilgung von rd. 481.000 Euro zu leisten. Die Schuldenlast verringert sich weiterhin und wird in 2019 von 3,7 Mio. Euro zum Jahresanfang auf die Summe von 3,2 Mio. Euro zu Jahresende reduziert.

Dadurch verringert sich die pro Kopf Verschuldung von 525 Euro je Bürger auf absolut 457 Euro. D.h. in der Betrachtung der letzten vier Jahre hat sich die pro Kopf Verschuldung nahezu halbiert!

Noch einige Anmerkungen zum Finanzplan

Im Finanzplan 2020-2022 finden sich eine Vielzahl von Themen wieder, die zum einen aus der Klausurtagung im März 2017 entstanden sind oder zum anderen aus der täglichen Arbeit resultieren.

Projekte wie Hort, Fortsetzung der Städtebaulichen Planung (St. Martin, etc.), Projekte aus der Gemeindeentwicklung, Dorfplatzgestaltungen in Kaising, Esselberg und Grafenberg oder die Abwasserbeseitigung Herrnsberg sind Themen die es gilt in Angriff zu nehmen.

Auch die bauliche Entwicklung wird ab 2019/20 verstärkt in den Focus geraten.

Dies bedarf in 2018 Vorarbeiten für die Baugebiete Distelfeld 2, Attenhofen, Untermässing und Grafenberg. Ein weiterer Schwerpunkt bleibt die Schaffung des neuen Gewerbegebietes.

Alles Investitionen für die Zukunft der Großgemeinde.

Bei allen investiven Maßnahmen behalten wir aber stets die wirtschaftliche Entwicklung des Kommune im Auge, so planen wir die nichtrentierlichen Kosten weiterhin zu senken und die Schuldenlast in den nächsten Jahren aus heutiger Sicht auf ca. 2,1 Mio. Euro in den nächsten Jahren zu senken.

Noch einen kurzen Blick auf den Stellenplan 2019.

Im Stellenplan 2019 ist im Vergleich zu 2018 eine Erhöhung von 1,14 Personen vorgesehen. Berücksichtigt man die vom Stadtrat genehmigte Ergänzung im Bereich

Abwasserbeseitigung mit 1,0 und die vorgestellten Ergänzung im Reinigungsbereich mit 0,14 ergibt sich die dargestellte Veränderung.

Die Summe der Personalkosten 2019 beträgt 2,78 Mio. Euro, das sind 18,64 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Großgemeinde liegt zu einem hohen Maß in unseren/in ihren Händen.

Mit den gestalterischen Möglichkeiten der Stadt- und Gemeindeentwicklung können wir unserem Lebensraum ein Gesicht und Lebensqualität geben.

Hierzu ist es erforderlich auch in Zukunft die Chancen unseres ländlichen Raumes zu Nutzen und zum Wohle unsere Gemeinde und deren Bürger alles daran zu setzen die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam zu bearbeiten und umzusetzen.

Nur in einem Team aus Stadtrat, Verwaltung, Ortssprechern und engagierten Bürgern ist es möglich unseren gemeinsamen Weg erfolgreich fortzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ein komplexes und umfangreiches Zahlenwerk liegt Ihnen wiederum vor, das alle möglichen und machbaren Projekte und Aufgaben ausweist. Alle Ihre Beiträge aus den Haushaltsberatungen sind eingearbeitet.

Meine Damen und Herren,
ich denke ich spreche auch in Ihrem Namen wenn ich stellvertretend für uns alle Herrn Franz Hiebinger, Herrn Pfeiffer und den Mitarbeiter, die bei der Erstellung der diesjährigen Planung einen Beitrag geleistet haben ein herzliches „Dankeschön“ für die Arbeit sage.

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat, das Sie bereits kennen, das aber wie kaum ein anderes zu unserer Aufgabe passt.

„Einen Vorsprung im Leben hat, wer da anpackt, wo die anderen erst einmal reden.“ (JFK)

Vielen Dank.“

Dritter Bürgermeister Kratzer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen
sehr geehrte Damen und Herren,

Der Haushalt wurde zeitnah von der Verwaltung und den verschiedenen Gremien ausgearbeitet und vorbesprochen. Die Schulden werden weiter abgebaut, Investitionen in Hoch und Tiefbau sind geplant und werden umgesetzt. So dass wir einen Gesamthaushalt von 24,8 Mio. Euro umsetzen. Die Pro Kopfverschuldung sinkt weiter und das ist gut so, Rücklagen werden gebildet und viele weitere Maßnahmen werden auf den Weg gebracht bzw. werden umgesetzt.

Wir stimmen den Haushalt 2019 zu und damit wäre auch schon alles gesagt.

Wenn, ja wenn einem manchmal das Gefühl nicht beschleichen würde, dass das Füllhorn der Stadt weit geöffnet ist und dass Maßnahmen (ich sage es jetzt sehr provokant) nach dem Motto umgesetzt werden: wir haben es ja.

Ein paar Beispiele dazu möchte ich anbringen,

Wir stehen alle zum gefassten Beschluss für das Dorfhaus in Mettendorf und ich freue mich, dass es dafür einen guten Platz und eine gute Lösung gibt, aber es kann doch nicht sein, dass egal was es kostet und in diesem Fall sprechen wir von 1,2 Mio. Euro, wir darauf keinen Einfluss haben und nur zahlen dürfen. (ja mir ist auch bekannt, dass es dafür Zuschüsse gibt, aber das ist in gewisser Weise auch unser Geld).

Oder der neue Jugendraum in Röckenhofen, auch das unterstützen wir sehr und freuen uns, dass es eine aktive Dorfjugend gibt, aber müssen dafür wirklich 120.000 Euro investiert werden. Wo liegt hier der Gegenwert?

Oder dass wir die 35 Meter Straße zum Grafenberger Feuerwehrhaus und ein bisschen Gehweg für 290.000 Euro herstellen werden. Wir unterstützen die Feuerwehren immer wo es möglich und notwendig ist.

Oder die Änderung im ÖPNV kostet uns jetzt neu 80.000 Euro im Jahr bei der Laufzeit von neun Jahren geben wird dann 720.000 Euro aus. Allen wollen öffentlichen Nahverkehr, nur Mitfahren tut auf dem Land kaum einer. Wie es funktioniert zeigt uns die Stadt aber das ist auf das Land nicht adaptierbar. Wir allen wollen unsere Umwelt schützen aber an der Stelle machen wir genau das Gegenteil, wenn für die Bedienung der Linien leere Busse über die Lande fahren. Abgestimmt ob wir dies auch wollen wurde nicht, es wurde uns zur Kenntnis gegeben.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass im Vorfeld der verschiedensten großen Maßnahmen diese auch im Gremium Stadtrat, bevor die Ausschreibungen erstellt werden, beraten und vorgestellt werden. Ich kann mir auch sehr gut vorstellen, dass dann Leitplanken eingezogen werden um den Planer egal wer es ausarbeitet eine bessere Richtschnur zu geben.

In den Ausgaben z.B. beim Personal vergleichen wir uns immer mit dem Durchschnitt der umliegenden Gemeinden vergleichbare Größe, mich würden aber mehr die Top 3 der Gemeinden mit vergleichbarer Größe interessieren und nicht der Durchschnitt.

Mit 3,5 Mio. Euro trägt die Stadt wieder sehr positiv zum Kreishaushalt bei.

Auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung in Form von zur Verfügung stellen von Gewerbeflächen haben wir die Weichen gestellt.

Ebenso im Bereich der Baugebiete für den privaten Wohnungsbau und der künftigen Entwicklung der Baugebiete gehen wir - wie ich meine - einen guten Weg.

Alle Maßnahmen, die im Haushalt umgesetzt werden und dass Schulden abgebaut werden können, können wir uns nur leisten, weil Betriebe Gewinne erwirtschaften und damit Gewerbesteuern zahlen, weil bei uns die Beschäftigungsquote sehr hoch ist und damit Lohnsteuer in unseren Haushalt einfließt. Dafür allen Betrieben und allen die zum Wohl der Gemeinde beitragen einem herzlichen Dank.

Ich danke auch dem Bürgermeister und der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltes für 2019.

Dass wir dem zustimmen habe ich Eingangs schon erwähnt.
Vielen Dank“

Stadtrat Gerngroß:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Mitarbeiter der Verwaltung,

geschätzte Vertreter der Presse!

Das Wichtigste zuerst, die SDP-Fraktion stimmt dem vorgestellten Haushalt 2019 in Höhe von ca. 24,9 Mio. Euro sowie dem Finanz- und Stellenplan zu.

Wir bedanken uns bei den Herren Hiebinger und Pfeiffer sowie und bei allen in der Stadtverwaltung, die an diesen Plänen mitgewirkt haben.

Eine Reihe von Punkten wurde bereits von den beiden Vorrednern angesprochen (Wiederholungen sind nicht ausgeschlossen).

Auch heuer wird ein weiterer Spitzenwert im Verwaltungshaushalt in Höhe von rund 15 Mio. Euro erreicht. Wenn man den Verwaltungshaushalt mit dem Eiskunstlauf vergleicht, so spiegelt er die „Pflicht“ wider. Viele Haushaltsgrößen sind vorgeben. Ein Einsparpotential konnten wir hier nicht erkennen. Sehr erfreulich ist jedoch die Höhe der Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt von über 2,5 Mio. Euro.

Das gemeindliche Entwicklungspotential zeigt sich in den Vorhaben des Vermögenshaushalts. Um beim Eiskunstlauf zu bleiben, so ist der Vermögenshaushalt die „Kür“. Hier sind Kreativität und das Gespür für das Machbare gefragt. Mit den ca. 9,8 Mio. Euro werden wichtige Projekte für die strategische Weiterentwicklung der Großgemeinde in Angriff genommen, wie zum Beispiel:

2,1 Mio. Euro Gewerbegebiet (unser Leuchtturmprojekt)

0,7 Mio. Euro Wohngrundstücke

0,8 Mio. Euro Altstadtsanierung

1,1 Mio. Euro Brandschutz (davon ca. 1,0 Mio. Euro für FW-Haus in Obermässing)

0,9 Mio. Euro Schulen und Kindergärten

0,7 Mio. Gemeinschaftshäuser Mettendorf und Höbing

1,4 Mio. Euro Tiefbau (Straßensanierung /Abwasserbeseitigung)

1,0 Mio. Euro Breitbandausbau

Wie aus diesen vorgenannten Projekten ersichtlich ist, gelingt wieder eine gute Balance zwischen der Kernstadt und den Dörfern. Besonders wichtig erscheint uns, dass eine Wohnbauentwicklung sowohl in der Stadt als auch auf den Dörfern in Zukunft gewährleistet wird.

All diese Maßnahmen können ohne Neuverschuldung verwirklicht werden. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass weiterhin mit enormen Steuereinnahmen (Anteil der EKST beträgt ca. 4,5 Mio. Euro und Gewerbesteuer ca. 3,2 Mio. Euro) für 2019 zu rechnen ist. An dieser Stelle ergeht ein herzlicher Dank an unsere Unternehmer und abhängig Beschäftigten.

Dass wir alle verantwortungsvoll mit unseren Finanzen umgehen, zeigt die Entwicklung der Verschuldung. So konnten die Schulden seit 2015 von rund 6,5 Mio. Euro auf ca. 3,3 Mio. Euro in 2019 fast halbiert werden, auch wenn wir die Rücklagen um ca. 1,8 Mio. Euro auf ca. 0,7 Mio. Euro reduzieren. Der Schuldestand je Einwohner verringert sich dadurch auf ca. 458 Euro.

Erfreulich ist, dass wir heuer eine Ausbildungsstelle in der Verwaltung besetzen werden. Unser Haushalt ist immer auch ein Balanceakt zwischen strategischer Weiterentwicklung und finanzieller Machbarkeit. Das Wirtschaftswachstum und die damit an heimgehenden hohen Steuereinnahmen sind keine Einbahnstraße und es zeichnen sich bereits erste Bremsspuren am „konjunkturellen Himmel“ ab. Es gilt jetzt die richtigen Weichen zu stellen, was auch im Zahlenwerk der Finanzplanung Berücksichtigung findet.

Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam vieles auf den Weg gebracht. Mit dem Haushalt 2019 schaffen wir weitere Grundlagen dafür, dass dieser erfolgreiche Weg fortgeführt wird.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!“

Stadtrat Sorgatz:

„Sehr geehrte Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung, der Presse und dem interessierten Zuhörer Klaus Rabl hier im Sitzungssaal,

zuerst wie immer das Wichtigste, die FDP-Fraktion stimmt dem beratenen und heute vorgestellten Haushalt 2019 zu.

Herzlichen Dank an die Verwaltung, allen voran Herrn Hiebinger die an diesem Werk kreativ und engagiert mitgewirkt haben.

Unser Dank geht auch an unsere Kolleginnen und Kollegen für die gute, sachliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit und hoffen natürlich, dass dies auch im Hinblick auf die nahende Kommunalwahl so fortgeführt wird.

Greding ist auf einem sehr guten Weg. Die Pro-Kopf-Verschuldung geht Ende des Jahres weiter zurück auf rund 457 Euro und es ist auch keine Kreditaufnahme in 2019 geplant.

Ein wichtiger Baustein ist natürlich die gesamte gute wirtschaftliche Entwicklung unserer heimischen Betriebe und unserer fleißigen Bürger mit einer positiven Entwicklung der Einkommen. Bedeutet aber auch unsere Wirtschafts- und Steuerkraft im Landkreis hat sich weiter erhöht und dem zu Folge steigt trotz Senkung des Satzes um 0,4 % die Umlage um 80.000 Euro auf fast 3,5 Mio. Euro. Ungefähr die Hälfte davon geht direkt an den Bezirk, deshalb wird der Begriff Kreisumlage vielerorts kritisch gesehen.

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge führt durch die entstandene Unsicherheit der Gemeinden, nicht nur in Greding mit der Attenhofener Straße, zu Verzögerungen bzw. zum totalen Stopp von Straßenerneuerungen. Wie ich schon mehrmals sagte wäre eine Modifizierung der bestehenden Satzungen mit Härtefallregelungen, Deckelung der Beiträge und einer Änderung der staatlichen Fördersätze der bessere Weg gewesen. Warten wir ab wie die Staatsregierung und wir aus dieser Nummer herauskommen.

Wichtige Zukunftsprojekte werden weitergeführt und neu angestoßen. So werden Wohn- und Industriegebiete, Abwasserbeseitigung, Kindergärten, Feuerwehrausstattung, Schulen sowie Altstadtanierung und Dorferneuerung und viele weitere bearbeitet. Die Altstadtanierung ist für uns ein wichtiger Schritt der Attraktivitätssteigerung auch wenn vielleicht nicht alles einem historischem Schönheitsideal entspricht so ist es doch sehr viel bequemer barrierefrei in der Stadt zu gehen und sich aufzuhalten. Wie meine Kollegin vor kurzem bemerkte „wir wollen nicht in Schönheit sterben“. Auch ein neu gestalteter Sitzungssaal gehört vielleicht in diese Kategorie, die Funktionalität wird damit jedoch wesentlich erhöht.

Zum Thema Hallenbad arbeitet die Arbeitsgruppe in kleinen Schritten weiter daran das Defizit zu senken. Der große Wurf war vielleicht kurz in Sicht aber durch das Nichtentgegenkommen von Herrn Lüllepp die Blackbox ein wenig zu öffnen, mussten wir uns leider einstimmig gegen das fragliche Konzept entscheiden. Weitsichtige Stadträte haben 1999, also schon vor 20 Jahren, mit der Generalsanierung des Bades, die noch heute wirkende große Attraktivität, begründet. Nächste Woche kann das alles groß gefeiert werden. In der RHV gab es schon einen Bericht, ich denke auch im Kurier wird es demnächst erscheinen.

Die im Jugendworkshop erarbeiteten Themen wie ein Jugendraum und eine eigene App sind bereits in Arbeit und streben dem Finish entgegen. Die Neugestaltung des Skaterplatzes hängt noch an mehreren Fragen wie z.B. am geeigneten Grundstück, nach Klärung wurde zugesichert auch hier Mittel, auch wenn diese nicht im Haushalt hinterlegt sind, freizugeben.

Zum Stellenplan darf ich positiv hervorheben, dass wir nach sehr guter Erfahrung wieder eine Auszubildende ab September begrüßen dürfen.

Wir haben noch sehr gute Zeiten und ich bin überzeugt mit diesem Haushalt auch einen Grundstein für nicht so gute Zeiten zu legen.

So wie er ist so ist er gut

Danke für's Zuhören.“

Stadtrat Dintner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

kein Jahr ist wie das vorherige – und doch erinnert der Haushalt 2019 in einigen Punkten an die Vorlage des letzten Jahres:

So sind auch in diesem Jahr für das Baugebiet Untermässing keine Haushaltsmittel eingeplant.

Wenn der Grunderwerb, wie von Ihnen Herr Preischl soeben ausgeführt, bereits 2018 ohne separat aufgeführte Haushaltsstelle erfolgt ist, soll uns das natürlich recht sein.

Wir vertrauen hier Ihrer Zusage Herr Bürgermeister, die weiteren erforderlichen Schritte zügig anzugehen, um eventuell doch noch in diesem Jahr mit ersten Arbeiten beginnen zu können.

Die für den Feuerwehrbereich veranschlagten Kosten mit über 1 Mio. Euro entsprechen ebenfalls dem Kostenanschlag von letztem Jahr. Allerdings wurde dem Stadtratsgremium der bereits im letzten Jahr von der CSU- Fraktion geforderte Feuerwehrinvestitionsplan noch nicht zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Wie in den vergangenen Jahren weist unser Hallenbad auch 2019 einen Fehlbetrag in Höhe von 650.000 Euro auf. Umgerechnet auf die Anzahl der Gemeindebürger unterstützt also jeder Einzelne, vom Neugeborenen bis zum Senior, unser Bad mit 87 Euro. Eine Besserung der Situation ist mangels durchschlagender attraktivitätssteigernder Ideen nicht in Sicht. Zwar hat die Bayerische Staatsregierung Zuschüsse bei Sanierungsmaßnahmen in Aussicht gestellt, der jährliche Verlust aus dem Hallenbadbetrieb ist leider nach wie vor von den Kommunen zu tragen.

Erfreulich sehen wir die Fortschritte bei der Realisierung des Gewerbegebietes Kreuzfeld. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Forderung der CSU-Fraktion bei der Vorbereitung des Haushaltes 2017, doch wenigstens Planungskosten in den Haushalt aufzunehmen.

Bei strenger Auslegung der ehernen Haushaltsgrundsätze Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ließe sich noch die ein oder andere Kostenposition überdenken, auch unter Berücksichtigung der antizyklischen Fiskalpolitik, wonach öffentliche Investitionen in guten Wirtschaftsjahren zu reduzieren und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu erhöhen sind. Projekte, welche auf schlechtere Zeiten verlegt werden könnten, wären beispielsweise die aus unserer Sicht überstrapazierte Laufwegeausbildung oder auch Grunderwerbe, bei überzogenen Forderungen der Eigentümer.

Bedauerlicherweise wurden 2018 die im Haushaltsplan veranschlagten Maßnahmen nur teilweise umgesetzt, wovon die deutliche Differenz von 3 Mio. Euro zwischen den veranschlagten Ausgaben im Vermögenshaushalt von 8,6 Mio. Euro und den tatsächlichen Ausgaben von 5,6 Mio. Euro Zeugnis gibt. Es erscheint uns erforderlich, den Fokus verstärkt

darauf zu richten, welcher Umfang von der Verwaltung letztendlich auch tatsächlich umsetzbar ist.

Andererseits wurden wir im vergangenen Jahr doch von der einen oder anderen deutlichen Kostensteigerung bei Großprojekten überrascht. Hier hält die CSU-Fraktion die Einführung eines Kostenrahmens bei Projektgenehmigung – mein Kollege Hermann Kratzer hat gerade von Leitplanken gesprochen - und Verpflichtung der Verwaltung zur unverzüglichen Information des Stadtrates bei sich abzeichnenden Kostenerhöhungen, um rechtzeitig entgegenwirken zu können, für unbedingt erforderlich.

Auch in diesem Jahr legen wir besonderen Wert auf die Bereitstellung von Wohnbaugrundstücken im gesamten Gemeindegebiet, sowohl in der Stadt selbst als auch in den Dörfern, um unseren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, sich im Gemeindegebiet den Traum vom Eigenheim verwirklichen zu können.

Allerdings sehen wir für die zukünftige Vergabe von Baugrundstücken deutlichen Änderungsbedarf gegenüber der bisherigen Praxis.

Um bei dem Thema Wohnen zu bleiben – Handlungsbedarf sehen wir auch im Hinblick des Angebotes am sog. „Betreuten Wohnen“ im Gemeindegebiet. Wir sollten hier nicht warten, bis uns eine Investorenanfrage in den Schoß fällt. Wir bitten Sie, Herr Bürgermeister, ganz gezielt auf potentielle Investoren zuzugehen und diesem wichtigen Thema eine entsprechende Priorität einzuräumen.

Die Instandhaltung von Straßen ist jedes Jahr eine bedeutende Ausgabeposition im Haushalt.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an unsere Forderung nach einem Straßenzustandskataster, um erforderliche Sanierungsmaßnahmen rechtzeitig in die Haushaltsplanung aufnehmen zu können und Entscheidungskriterien für die Priorisierung der Projekte zu erhalten.

Von der von der CSU-Fraktion initiierten Anschaffung von Geschwindigkeitsmessenanlagen erhoffen wir uns deutliche Geschwindigkeitsreduzierungen. Schon jetzt sei daran erinnert, auch für die nächsten Haushaltsjahre, bei einem positiven Beschluss des Stadtratsgremiums, entsprechende Haushaltsmittel vorzumerken.

Kurios ist, dass es im Haushalt eine Einnahmenposition gibt, welche aus unserer Sicht gut und gerne niedriger sein dürfte, aber der aktuellen Borkenkäferplage geschuldet ist und wir deshalb voraussichtlich mehr Holz einschlagen müssen, als wir möchten.

Wie bereits am Montag im Haupt- und Finanzausschuss angemerkt, vermissen wir entsprechende Ausgabenansätze für die in der Jugendzukunftswerkstatt angestoßenen Projekte Skaterplatz, Greding-App und Jugendheim.

Wir verlassen uns hier – wie die Kollegen der FDP - auf die Zusage unseres Bürgermeisters, die Projekte auch ohne separate Ausweisung im Haushaltsplan voranzutreiben.

Mehrmals haben wir im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, bei der Ausschreibung von Bauleistungen, die Zeitspanne zwischen Ausschreibung und Ausführung zu vergrößern, um die Wahrscheinlichkeit, günstigere Angebote zu erhalten, zu erhöhen.

Von einem Mitglied dieses Gremiums wurde uns diesbezüglich sogar Kaffeesatzleserei vorgeworfen. Umso mehr freut es uns, dass Sie Herr Bürgermeister jüngst signalisiert haben, dies zukünftig verstärkt berücksichtigen zu wollen. Auch wenn es hierfür erst des Hinweises eines externen Bauunternehmers bedurfte.

Mit vollster Überzeugung schließe ich mich dem Dank meiner Vorredner für die sehr gute Arbeit der Mitarbeiter der Verwaltung an. Dem vorgestellten Stellenplan stimmen wir uneingeschränkt zu und wir befürworten es ausdrücklich, dass dem Ergebnis der durchgeführten Stellenbewertung im Stellenplan entsprochen wird.

Abschließend darf ich mich im Namen der CSU-Fraktion für die Vorbereitung des Haushalts bei der Verwaltung, insbesondere Herrn Hiebinger und seinen Mitarbeitern, Herrn Pfeiffer, den Mitarbeitern der Bauverwaltung und auch ganz explizit bei Ihnen Herr Bürgermeister sehr herzlich bedanken.

Für die Umsetzung der veranschlagten Projekte wünsche ich uns allen und insbesondere den Mitarbeitern der Verwaltung und unserem Ersten Bürgermeister viel Erfolg.
Die CSU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Vielen Dank.“

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 20:0

Der Stadtrat beschließt den Erlass folgender Haushaltssatzung:

Die Stadt Greding erlässt aufgrund der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern für das Jahr 2019 folgende

Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird hiermit festgesetzt; er schließt im **Verwaltungshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 14.968.620 Euro

und im **Vermögenshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 9.873.606 Euro
ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 0,00 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf 3.080.000,00 Euro festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---------------------------------------------------------|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 320 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B) | 320 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | 320 v.H. |

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 1.000.000 Euro festgesetzt.

§ 6

- entfällt -

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2019 in Kraft.

TOP 8. Mittelfristige Finanzplanung für 2018 bis 2022 und Stellenplan

Sachverhalt:

Im Rahmen des Erlasses der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für 2019 ist auch über

1. die mittelfristige Finanzplanung (Finanzplan) für die Jahre 2018 bis 2022
- und
2. den Stellenplan

zu beschließen.

Der Finanzplan und der Stellenplan liegen dem Stadtrat vor.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 20:0

1. Die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung (Finanzplan) für die Jahre 2018 bis 2022 wird beschlossen.
2. Der vorgelegte Stellenplan für das Jahr 2019 wird beschlossen.

TOP 9. Mitteilungen und Anfragen

Sachverhalt:

Förderungen

Für die Sanierung der Grund- und Mittelschule Greding im Rahmen des KIP-S ist der Bewilligungsbescheid in Höhe 166.100 Euro bei der Stadtverwaltung eingegangen.

Bauernmarkt

Zweiter Bürgermeister führte aus, dass er mehrfach angesprochen wurde, den Bauernmarkt wieder auf den Marktplatz zu verlegen.

Bürgermeister Preischl teilte mit, dass nach Abschluss der Bauarbeiten eine Bürgerbefragung durchgeführt werden soll.

Greding, 22.02.2019

Vorsitzender:

Schriftführer:

Manfred Preischl
Erster Bürgermeister

Michael Pfeiffer